



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 23.11.2016, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2016 - 2020 - Stellungnahme der Mitglieder des Gemeinderats zum Haushaltsplan	Vorl.Nr. 395/16
-------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Bei der Generaldebatte zum Haushaltsplan 2017 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2016 bis 2020 sprechen nacheinander:

- 1 Stadtrat Herrmann (CDU-Fraktion)
- 2 Stadträtin Steinwand-Hebenstreit (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
- 3 Stadträtin Liepins (SPD-Fraktion)
- 4 Stadtrat Weiss (FW-Fraktion)
- 5 Stadtrat Heer (FDP)
- 6 Stadträtin Dziubas (ÖkoLinX)
- 7 Stadträtin Burkhardt (LUBU)
- 8 Stadtrat Lettrari

TOP 2	Wirtschaftsplan 2017 Tourismus & Events Ludwigsburg	Vorl.Nr. 368/16
-------	---	-----------------

Beschluss:

Dem Haushaltsplan des Eigenbetriebs Tourismus & Events Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2017 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadtrat F. Lutz
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Stadträtin Kreiser sieht das ausgezeichnete kulturelle Angebot mit einem Defizit von ca. 6 Mio. Euro als sehr teuer aber auch wichtig an, um konkurrenzfähig zu bleiben. Qualität stehe bei den Veranstaltungsstätten über Quantität. Die hervorragenden Übernachtungszahlen seien zwar auch der florierenden Wirtschaftslage zuzuschreiben, allerdings sei ein Dranbleiben am

Tourismuskonzept von hoher Priorität. Die Fortführung des Markenbildungsprozesses sei ebenso wichtig wie die Fortführung und Weiterentwicklung der Traditionsfeste in der Stadt und den Stadtteilen. Die Defizite im Haushaltsplan werden durch Rücklagen ausgeglichen. Eine Reduzierung der Zuschüsse sei zwar wünschenswert, bisher jedoch leider noch nicht möglich. Die CDU-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Vierling führt aus, eine authentische Stadtmarke sei genauso wichtig wie eine gute Tourismuskonzeption, die sich in Übernachtungszahlen und Veranstaltungsbesuchen niederschlägt. Ein Investitionsstau sei zu vermeiden. Die Schärfung des Profils für Veranstaltungshäuser werde von seiner Fraktion unterstützt. Bei den Kennzahlen und Analysen seien die Veranstaltungstagezahlen in der mhp-Arena zu beobachten. Er bitte, die Belegung der Halle durch verstärkte Marketingaktivitäten und Eigenveranstaltungen zu erhöhen. Der Zuschussbetrag von 5,8 bis 6 Millionen Euro sei hoch und müsse nicht überschritten werden. Der Jahresverlust im Ergebnishaushalt solle mit Hilfe entsprechender Konzepte behoben und möglichst nicht vergrößert werden.

Stadtrat Dr. O'Sullivan stellt fest, dass heute das erste Mal öffentlich über den Wirtschaftsplan 2017 beraten wird. Der städtische Zuschuss belaufe sich auf 6 Mio. € bei einem Etat von über 11 Mio. € für den Eigenbetrieb. Zu erwarten sei, dass der Zuschuss in den nächsten Jahren nicht mehr ausreichen werde. Bisher konnten die Defizite durch Rücklagen ausgeglichen werden, die nun aufgebraucht seien. Die Anliegen der Vorredner, dass die Zuschüsse nicht weiter steigen dürfen, seien mit den ständigen wachsenden Aufgaben nicht zu vereinbaren. Wenn die Aufgaben im Kernhaushalt angesiedelt geblieben wären, würde kein akribisches Nachrechnen. Die Veranstaltungszahlen stiegen dauernd und man dürfe hier nicht zwanghaft sparen. Die vielen Veranstaltungen werden größtenteils auch vom Eigenbetrieb organisiert und die enorme Menge an Überstunden der Mitarbeiter spreche für sich. Er erinnert daran, dass der Antrag bzgl. Überstunden im Kernhaushalt von der Verwaltung noch nicht beantwortet sei..

Stadtrat Weiss stellt fest, dass sich der Ergebnishaushalt deutlich im Minus befinde. Es mache nur Sinn, den Eigenbetrieb zu bezuschussen, wenn sich daraus positive wirtschaftliche Aspekte ergeben. Hierfür sei vorerst eine Geschäftsführung notwendig und erst wenn diese geklärt sei, könne er weitere Entscheidungen treffen.

Stadtrat Eisele bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei der Geschäftsführung und dem Team des Eigenbetriebs. Er hoffe auf einen baldigen Erfolg bei der Suche nach einer neuen Führungskraft. Die Weiterentwicklung der Marke Ludwigsburg und des Stadtmarketings werde die FDP-Fraktion unterstützen. Die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit touristischen Partnern freue sie sehr. Auch die FDP könne dem Wirtschaftsplan 2017 zustimmen. Sorgen bereiten ihnen allerdings die Folgejahre wegen der hohen Fehlbeträge.

Stadtrat Kube teilt mit, er werde sich wegen der wiederholt negativen Erfahrung mit dem Eigenbetrieb Tourismus und Events enthalten.

Stadträtin Burkhardt wünscht, dass schnell ein Geschäftsführer gefunden werde und Herr Nitzsche von der Interimsleitung des Betriebs „befreit“ werde. Möglicherweise sollte man auf Grund der Aufgabenfülle über eine Stellenteilung nachdenken.

Herr Nitzsche erklärt, dass der Eigenbetrieb keine schwarzen Zahlen schreiben könne und die hervorragenden Leistungen des Teams Tourismus und Event Ludwigsburg anerkannt werden sollten. Das Ziel sei nicht, Gewinne zu erzielen, sondern die Attraktivität der Stadt zu steigern. Seine derzeitige Funktion sei sicherlich eine Zusatzbelastung, aber von einer Knechtschaft könne nicht gesprochen werden. Die Aufgabenbewältigung sei eine organisatorische Herausforderung. Dauerveranstaltungen wie die Terrakotta-Armee oder Körperwelten belegen die mhp-Arena für lange Zeiträume, wovon die Veranstaltungszahlen negativ beeinflusst würden. Die Höhe der Zuschüsse sei im Hinblick auf die Fülle der Aufgaben angemessen und müsse nicht zwanghaft gesenkt werden.

OBM Spec bedankt sich bei Herrn Nitzsche und seinem Team für die gute Arbeit und stellt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Den in Anlage 1 zusammengefassten Eckpunkten zum Kindertagesstättenvertrag der kirchlichen Träger und der Wohlfahrtsverbände wird zugestimmt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt mit den kirchlichen Trägern und der Arbeiterwohlfahrt einen Vertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren und der Option auf Verlängerung um weitere drei Jahre abzuschließen. Der Vertrag tritt rückwirkend zum 01.01.2016 in Kraft.
3. Für das Kalender Jahr 2015 werden für den gekündigten Zeitraum von 01.09 bis 31.12.2015 die Regelungen des bisherigen Vertrages angewandt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat F. Lutz
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

Stadträtin Liepins erklärt sich zu diesem Tagesordnungspunkt für befangen, rückt vom Sitzungstisch ab und nimmt im Zuhörerraum Platz.

EBM Seigfried erklärt, das Thema frühkindliche Bildung sei in den Kernbereich der Kommune gerückt. Zwar sei die Gestaltung der Landschaft der Kindertagesstätten eine kommunale Kernaufgabe, sie werde aber bei weitem nicht allein von der Stadt getragen. Sowohl die Stadt, die evangelische und katholischen Kirche, die Arbeiterwohlfahrt sowie einer kleineren Anzahl von privatgewerblichen Einrichtungen oder Vereinen finanzieren die Kindertageseinrichtung mit. Der im Jahr 2006 geschlossene Vertrag habe damals das Ziel gehabt, mit einer Pauschalierung der Förderung eine große Planungssicherheit zu geben. Der vorliegende Kindergartenvertrag wurde auf Grund gesetzlicher und finanzieller Neuerungen verändert und stellt die Sicherung einer von vielen Trägern geförderte Kita-Landschaft sicher. Die Träger bringen auch eigene Einrichtungen ein, auf welche man angewiesen sei und ohne diese die Stadt Räumlichkeiten anmieten müsste. Der neu ausgearbeitete Kitavertrag berücksichtige die gestiegenen Personalkosten und sei als Angebot der Stadt Ludwigsburg für die Finanzierung zu betrachten.

Stadtrat Meyer bezeichnet den neu ausgehandelten Vertrag als Kompromiss zwischen allen beteiligten Trägern. Die CDU werde der Vorlage zustimmen, weil eine weitere Verzögerung nachteilig für die Planungssicherheit aller Vertragspartner wäre. Die evangelische Kirche habe von erheblichen Problemen bei der Umsetzung des Vertrags berichtet. Hierfür wurde ein Sonderkündigungsrecht vereinbart, falls die eigenen Gremien diesem Vertrag nicht zustimmen würden.

Stadträtin Steinwand-Hebenstreit führt aus, die Fraktion Bündnis 90/ Grüne werde ebenfalls zustimmen. Die Trägerlandschaft habe sich sehr weitläufig entwickelt, weshalb ein gutes Miteinander und ein ordnendes Eingreifen sehr wichtig seien.

Stadträtin Faulhaber teilt mit, sie freue sich über die Vielfalt bei den Modellen und den Trägern

der Kinderbetreuung. Die Verhandlungen seien durch Frau Schmetz und alle Beteiligten sehr erfolgreich geführt worden. Zu bedauern sei, dass ein großer Träger noch Umsetzungsprobleme habe. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin Moersch bedankt sich bei der Verwaltung und den freien Trägern für die gute Zusammenarbeit. Die evangelische Kirche finde ihren Weg hoffentlich auch noch. Auch die FW-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Heer spricht von einer klassischen win-win-Situation zwischen Kirchen und Stadt. Der neue Kindergartenvertrag regle die finanzielle Beteiligung und schaffe klare Verhältnisse. Eine steigende Belastung für die Kirchen sei gerechtfertigt. Die FDP könne dem Vertrag zustimmen. Stadtrat Daferner erläutert, die ev. Kirche habe versucht, eine eigene Analyse durchzuführen bevor dem Vertrag zugestimmt werden könne. Die Kirche habe nicht versucht, sich Vorteile aus dem Vertrag gegenüber den anderen Vertragspartnern zu verschaffen. Er habe als Mitglied der evangelischen Landessynode einen Antrag eingebracht, die Kita-Arbeit als strategische Aufgabe der Kirche zu betrachten, welcher nun auf als einstimmiger Beschluss gefasst worden sei. Er erhoffe sich dadurch für das nächste Jahr eine Verbesserung der finanziellen Situation. Die katholische Kirche habe dieses Ziel bereits als strategische Aufgabe betrachtet, weshalb diese auf Grund ihrer besseren finanziellen Situation eher zustimmen könne als die evangelische Kirche. Seine Enthaltung sei der späteren Zustimmung zum Sonderkündigungsrecht und den noch ausstehenden Fragen und Beschlüssen zum Vertrag zuzuschreiben.

Auf Frage von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit teilt Stadtrat **Daferner** mit, bei ihm liege keine Befangenheit vor, weil er nicht Mitglied des Gesamtkirchenrats, sondern nur Vertreter des Kirchenbezirks sei. Die Einrichtung von Kindertagesstätten sei Aufgabe der Gesamtkirche und nicht des Kirchenbezirks.

Anschließend stellt OBM Spec die Beschlussvorlage 397/16 zur Abstimmung.

Im Anschluss tritt Stadträtin Liepins wieder in die Sitzung ein und nimmt am Sitzungstisch platz.

Beschluss:

Die Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften der Stadt Ludwigsburg zum 01.01.2017 wird beschlossen.

Weitere Erhöhungen sollen erst nach einer ausführlichen Beratung beschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 23 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat F. Lutz
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

EBM Seigfried erläutert, dass während der intensiven Beratungen im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales zum Thema Obdachlosigkeit diskutiert wurde, ob die Höhe der Mieten unangemessen sei. Es handele sich hierbei jedoch nicht nur um eine Miete, sondern um eine Gesamtleistung, die sich aus Unterbringung, Verwaltungsaufgaben und Betreuungsleistungen zusammensetze. Auch die Berücksichtigung der beiden Neubaumaßnahmen Riedle und Teinacher Straße hätten bei den Berechnungen zu der Erhöhung der Gebühr beigetragen. Der Großteil der Betroffenen erhalte Sozialleistungen und nur ein sehr geringer Personenanteil bezahle die Gebühr durch eigene Arbeit oder aus Renten. Vergleiche zwischen Kommunen seien aufgrund unterschiedlicher Kalkulationsbasis schwierig. Manche Kommunen stellen keine Betreuungsangebote zur Verfügung oder nutzen sehr alte Gebäude mit geringen Abschreibungskosten für die Unterbringung, wodurch die Gebühr teilweise niedriger ausfalle. Stadtrat Link ergänzt, es sei notwendig, Gebühren regelmäßig an die steigenden Kosten anzupassen, dies sei auch Pflicht der Verwaltung. Zu berücksichtigen sei auch die Flüchtlingsproblematik und der Neubau der Gebäude. Die Steigerung falle zwar enorm aus, aber auf einen Zeitraum von acht Jahren betrachtet beliefe sie sich nur auf rund 2,5 bis 5,5% pro Jahr. Die Gebühr enthalte beispielsweise auch Betreuungsleistungen und Hausmeisterkosten, weshalb die Gebühr nicht mit einer Miete vergleichbar sei. Auch der höhere Abschreibungsbetrag der Neubauten sei bei der Kalkulation zu berücksichtigen. Außerdem müsse man über die Höhe der Gebühr einen gewissen Druck auf die Obdachlosen ausüben, damit diese sich aus Eigeninitiative oder mit Hilfe der Stadt um eigene Mietwohnungen bemühen. Die Unterkunft sei nicht als Langzeitunterbringung vorgesehen. Die CDU-Fraktion werde dem geänderten Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales zustimmen, bitte jedoch die Verwaltung, einen Bericht über die Auswirkungen der Erhöhung, gegebenenfalls verbunden mit einem neuen Beschlussvorschlag, Mitte 2017 vorzulegen.

Stadtrat Kasdorf teil mit, seine Fraktion habe die kontroverse Diskussion im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales zum Anlass genommen, sich innerhalb der Fraktion intensiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Die Gebührenerhöhung werde seiner Meinung nach bei den Betroffenen deutlich zu spüren sein. Zukünftig wünsche er sich regelmäßige Anpassungen um kleinere Beträge. Die Zimmer würden grundsätzlich durch zwei Gruppen in Anspruch genommen. Ein Teil sei überhaupt nicht dazu in der Lage, die Kosten selbständig zu tragen, weshalb dieser

Personenkreis Transferleistungen vom Landratsamt erhalte. Der andere Teil begleiche die Gebühr selbstständig. Von der Verwaltung hätte er gerne eine Auskunft über den prozentualen Anteil der Sozialleistungsempfänger. Das Ziel sei keine jahrelange Unterbringung der Obdachlosen in der Unterkunft, allerdings spiegle dies auch einen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und eine Perspektivlosigkeit der Bewohner wider.

Stadträtin Faulhaber bedauert, dass die im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales geführte Diskussion von den Medien kaum kommuniziert worden sei. Innerhalb der Fraktionen gäbe es noch viele Unsicherheiten und die ergänzende Vorlage habe eine Kernfrage des Ausschusses nicht beantwortet. Im Riedle, dem ältesten Gebäude, leben die meisten bezahlenden Bewohner, welche hauptsächlich durch Renteneinnahmen gedeckt werden. Zwar müsse die Gebühr stufenweise angepasst werden, die Erhöhung der Gebühr zum 01.01.17 sei jedoch nicht zuzumuten. Die Leistung im Riedle bliebe bei steigender Gebühr gleich. Deshalb könnten einige Fraktionsmitglieder heute dem Empfehlungsbeschluss nicht zustimmen.

Stadtrat Weiss zeigt ebenfalls sein Mitgefühl mit den Selbstzahlern, die versuchen in die Gesellschaft zurückzufinden. Der Deckungsbeitrag läge weit über der bisherigen Benutzungsgebühr, weshalb eine Erhöhung dringend notwendig sei. Allerdings werde die enorme Steigerung für die Betroffenen nur sehr schwer zu verkraften sein.

Stadtrat Heer stellt dar, dass die Erhöhung in der Kategorie 1 nur einen Euro, in der Kategorie 2 und 3 zwei Euro pro Tag ausmachen würde. Prozentual gesehen sei die Erhöhung größer, weil seit 2009 keine Anpassung mehr stattgefunden habe. In diesem Lichte betrachtet sei die Steigerung zumutbar, trotzdem bitte die FDP im Zukunft um eine zeitnahe Anpassung um kleinere Beträge.

Stadtrat Kube erklärt Obdachlose würden in den vergangenen Tagen gepiesackt. Stuttgart habe die Königstraße von Obdachlosen befreit und Ludwigsburg erhöhe seine Gebühren in den Unterkünften. Die von EBM Seigfried angesprochene Steigerung der Leistung könne er nicht nachvollziehen. Die Betroffenen würden sich nicht selbst für ihr Schicksal entscheiden, den Unterschied zwischen Gebühren und Miete könnten die Menschen, zumindest finanziell, nicht differenzieren.

EBM Seigfried beantwortet die von Herrn Kasdorf gestellte Frage nach den prozentualen Anteilen von Sozialleistungsempfängern in den Unterkünften. In der Teinacher Straße gäbe es fast keine Selbstzahler, bei der Unterkunft im Riedle hingegen läge eine verfestigte Obdachlosigkeit vor, bei der die Bewohner sich entschieden haben, dauerhaft dort zu leben. Im Riedle gäbe es deshalb mehr Selbstzahler, die meist mit ihren Renten die Gebühr begleichen. Derzeit leben die Menschen im Riedle für 165€ inklusive aller Leistungen. Die Gebühr beliefe sich nach der Erhöhung auf 198€. Dieser Betrag sei, bei aller sozialpolitischen Sensibilität, aus seiner Sicht vertretbar.

Ohne weitere Aussprache stellt OBM Spec im Anschluss die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Zustiftung der Mann+Hummel GmbH, 71638 Ludwigsburg in Höhe von **344.664,92 EUR** zugunsten der Mann+Hummel-Stiftung wird angenommen.
2. Die Spende der Mann+Hummel GmbH, 71638 Ludwigsburg in Höhe von **75.000 EUR** zugunsten der Mann+Hummel-Stiftung wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: Stadträtin Burkhardt
Stadtrat F.Lutz
Stadträtin Wiedmann

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** bedankt sich beim international tätigen Unternehmen. Da keine Aussprache gewünscht wird, stellt OBM Spec die Beschlussvorlage zur Abstimmung.